



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 3,- Mk. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 2,- Mk., Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister

Für die Woche vom 16. bis 22. Oktober 1921 ist die Beitragsmarke in das mit 43 bezahlte Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Eine Erhöhung von Ortsbeiträgen ist in folgenden Zahlstellen beschlossen worden:
Kugsbürg ab 1. Oktober in der 3. und 4. Klasse von 30 Pf. auf 1 Mk. pro Woche.
Rotha für alle Klassen auf 40 Pf.
Gotha für alle Mitglieder ab 1. Oktober auf 1 Mk.
Eisenach ab 1. Oktober auf 30 Pf.
Dresden ab 5. November auf 1 Mk.
Magdeburg ebenfalls auf 1 Mk. einschließlich Gebäudebeitrag.
Ziffert auf 30 Pf. wöchentlich.
Der Verbandsvorstand gibt hierzu seine Genehmigung.

Der Verbandsvorstand.
F. A. C. Pucher, 1. Vors.

Arbeitszeit und Arbeitspausen

Als vor ungefähr 150 Jahren ein französischer Gelehrter den Satz aufstellte, daß der Mensch nicht sei als eine kunstvolle Maschine, fand er in den Reihen der neu auftretenden Kapitalisten gelehrte Schüler. Man sollte ihm Beifall, weil der Kapitalismus den Arbeiter nicht als einen Menschen betrachtete, der Geist, Gefühl und Willen, also eine lebendige Seele besaß, sondern als ein Werkzeug, mit dem man Gebrauchsgüter herstellen konnte, als eine Maschine, der man Nahrung zuführt, damit sie im Gange bleibt. Diese Mechanisierung des Menschen durch den Kapitalismus hat eine innere Verbüdung, eine seelische Verarmung, eine Entfesselung aller jener Profetarien im Besitze gehabt, die nicht mehr handwerksmäßig ein ganzes Stück Arbeit fertigen, sondern lediglich als Anhängel einer Maschine Leistung verrichten. Diese Arbeiter, deren Zahl infolge der verbesserten Technik fortwährend wächst, haben jeden seelischen Zusammenhang mit ihrer Arbeit verloren, sie sind mehr oder minder zu Maschinen oder besser gesagt zu Maschinenentele geworden. Ein richtig gebender Kapitalist macht sich über diese Entmenslichung des Menschen keine Gewissensbisse; für ihn ist die technische Leistungsfähigkeit seines Betriebes die Hauptsache, das Wohlbedenken seiner Arbeiter interessiert ihn nur insofern, als er darauf sieht, daß sie leistungsfähig bleiben. Das Problem der Technik stand und steht also im Mittelpunkt des kapitalistischen Interesses.

Im Laufe der Zeit ist das Proletariat zum Selbstbewußtsein erwacht. Es hat ein Gefühl bekommen für seine Menschenwürde, es strebt nicht nur nach der Befriedigung materieller Bedürfnisse, sondern auch nach innerer, seelischer Befriedigung, gemäß dem Bibelworte: „Was nütze es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewinnt, aber Schaden litte an seiner Seele?“ Darum läßt es sich nicht mehr genügen an den technischen Errungenschaften des Kapitalismus, die zweifellos ungemein groß sind, es fordert auch eine bestimmte Rücksichtnahme nicht nur auf seine körperliche und geistige Gesundheit, sondern auch auf sein seelisches Wohlbedenken. Diesem kommt die Psychotechnik entgegen, jene neueste Wissenschaft, die eine Verbindung herstellt zwischen Psychologie (Seelenkunde) und Technik (Arbeitskunde), die untersucht, wie die Arbeit auf den Menschen geistig und seelisch wirkt. Diese Psychotechnik beschäftigt sich mit dem Einfluß der verschiedenen menschlichen Tätigkeiten auf die arbeitende Persönlichkeit, sie behandelt die Frage der Ermüdung und der Erholung, der Arbeitszeit und der Arbeitspausen, der Arbeitskurve und der Arbeitsleistung, der Arbeitsdauer und der Arbeitsintensivität, der Berufseignung und der Berufsbereitung, sie betreibt, kurz gesagt, Arbeits- und Wirtschaftspychologie.

Bekanntlich kann man die Arbeit nicht nach der Stelle messen. Eine Maschine arbeitet rein mechanisch und gleichmäßig, wovon sich ihre Arbeiten wesentlich von dem tierischen und menschlichen Arbeiten unterscheiden. Eine durch Pferde oder Menschen bediente Mühle arbeitet ungleichmäßig, weil die tierische oder menschliche

Kraft zu- und abnimmt, eine Dampfmaschine kann so reguliert werden, daß die von ihr verausgabte Kraft in jedem Augenblicke gleich ist. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Arbeitsleistung eines Menschen im Laufe der Zeit wechselt, weil Förderungen oder Hemmungen eintreten, die die Arbeit beschleunigen oder verlangsamen. Es hat sich gezeigt, daß die Leistungen der verschiedenen Wochentage und in den verschiedenen Tagesstunden ganz bedeutend schwanken, und man hat Arbeitskurven ermittelt, die dies Schwanken zeigen. Bei diesem Schwanken spielt besonders die Frage der Uebung und der Ermüdung eine Rolle. Ein Mensch, der sich in eine Tätigkeit hineingearbeitet und dadurch eine größere Gewandtheit erlangt hat, leistet mehr, tritt Abspannung und Uebermüdung ein, so läßt die Leistung nach. Es sind Untersuchungen angestellt worden, die ergeben haben, daß die Arbeitsleistung in den ersten Stunden des Tages steigt, dann aber infolge der eingetretenen Uebermüdung sank. Nach einer Pause in der Arbeit ging die Leistung wieder in die Höhe, bis sie dann den Höhepunkt erreichte und wieder zu sinken begann. Nach einer allzu langen Dauer der Tätigkeit verlor die Arbeitskraft und die Leistung sank auf ein Minimum. Man sieht hieraus, welche Bedeutung die Arbeitsdauer und die Arbeitspause für die Leistungsfähigkeit eines Arbeiters oder einer Arbeiterin hat. Aus diesem Grunde verdient das Problem ein lebhaftes Interesse.

Was zunächst die Arbeitszeit anbelangt, so hat Beobachtung und Erfahrung gelehrt, daß eine durchschnittliche Arbeitsdauer von acht Stunden täglich nicht nur das Wohlbedenken eines Menschen fördert, sondern auch eine volkswirtschaftlich ausreichende Arbeitsleistung garantiert. Der bekannte und verdiente Sozialpolitiker Ernst A. B. hat dies schon 1906 durch eine noch heute lesenswerte Schrift für das von ihm geleitete Unternehmen in Jena (die Zeit-Werte) nachgewiesen, und in demselben Jahre hat der belgische Ingenieur P. P. de Mont, der Leiter einer Zementfabrikationsstätte, für seinen Betrieb den gleichen Nachweis erbracht. Seit der Zeit haben zahlreiche Versuche das gleiche Ergebnis gehabt, weshalb der Vorschlag, daß der Normalarbeitsstag anzusehen ist. Ob dies übrigens für alle Unternehmungen zutrifft, erscheint zweifelhaft, weshalb man sich eigentlich vor einer schematischen Behandlung des Arbeitstages aus volkswirtschaftlichen Gründen hüten sollte. Immerhin steht soviel fest, daß eine wesentliche längere Arbeitsdauer als acht Stunden täglich sehr bedenklich ist, abgesehen davon, daß das deutsche Proletariat in dem Nachmittage einen Siegespreis erblickt, den es sich nicht will rauben lassen.

Die Frage der Arbeitspausen, das heißt, wie oft eine Arbeitspause eintreten und wie lange sie dauern muß, ist neuerdings ebenfalls untersucht worden. Der Psychologe Lindley hat gefunden, daß es hierbei, abgesehen von der Veranlagung eines Menschen, wesentlich darauf ankommt, ob es sich um leichte oder schwere Arbeiten handelt. Er stellt folgende Grundregeln auf: Bei leichten Arbeiten von kurzer Dauer sind Ruhepausen nicht zu empfehlen, dauert dies Arbeiten länger, so sind einige Pausen, die nicht zu lang sein brauchen, empfehlenswert, bei schweren Arbeiten von kurzer Dauer ist eine kurze Pause hin und wieder angebracht, bei längerer Dauer sind längere Pausen wünschenswert. Es erscheint notwendig, daß die Frage der Arbeitspausen innerhalb der verschiedenen Betriebe eingehender als bisher untersucht wird, wobei auch zu ermitteln wäre, welcher Art diese Pausen sein müssen. Eine absolute Ruhe durch Nichtstun (der nächtliche Schlaf scheidet selbstverständlich aus) ist erfahrungsgemäß nicht in jedem Falle das Richtige, manchmal scheint es richtiger zu sein, wenn durch eine geistige Ablenkung (z. B. durch eine gemüthliche Unterhaltung, ein kleines Spiel usw.) oder durch eine leichte körperliche Bewegung (Turnen, Spazierengehen, Laufen usw.) eine Abspannung und Erholung erzielt wird. Alles das sind aber Dinge, die erst noch erprobt werden müssen.

Welche Bedeutung eine richtig bemessene Arbeitszeit und richtig verteilte Arbeitspausen für unser wirtschaftliches Leben haben, leuchtet ohne weiteres ein. Mit Arbeit überbürdet, abgepannt und ermüdete Menschen sind weniger leistungsfähig als solche, die mit frischen Kräften an ihre Arbeit gehen und in körperlicher und geistiger Frische ihre Arbeit verrichten. Und wie eine Überlange, von keinen genügenden Pausen unterbrochene Arbeit auf die Gesundheit und das Wohlbedenken eines Menschen wirkt, ist ebenfalls zur Genüge bekannt. Allerdings spielt beim Arbeiten auch die Willensstärke eines Menschen eine Rolle, denn Menschen mit einem

starken Willen sind in der Lage, eine langwierige, schwere Arbeit ohne Unterbrechung zu verrichten, aber dieser Mißbrauch der Kräfte rächt sich am menschlichen Organismus, weshalb man sich vor Ueberarbeitung hüten soll. Es ist ein Verbrechen, an seiner Arbeitskraft und seiner Gesundheit Raubbau zu treiben und sich dadurch selbst den größten Schaden zuzufügen. In dieser Beziehung haben die Betriebsräte noch viel Aufklärungs- und Erziehungsarbeit zu leisten, indem sie ihre Kollegen und Kolleginnen zu einer vernünftigen Arbeitsweise bewegen.

Irreführende Statistik

Bei den Verhandlungen im Tarifauschuß machte sich ein Prinzipalvertreter die Gründe zu eigen, die der Direktor der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft gegen die Lohnforderungen der Arbeiterschaft vorgebracht hat. Danach sollen die Arbeiter den größten Anteil am Produktionsgewinn haben, während die Profitrate der Unternehmer augenblicklich der Löhne und Gehälter bedeutend zurückgefallen sei. Ein Teil der Arbeiterpreise ist auf die Berechnungsart, die Direktor Deutsch anzuwenden beliebt, bereits eingegangen. Die von ihm aufgemachte Rechnung stimmt natürlich nicht. Setzt werden in der Wochenschrift „Konjunktur“ diese statistischen Feststellungen kritisch gewürdigt. Die Mitglieder erkennen aus dem folgenden Artikel, wie Unternehmer rechnen und bemüht sind, die Deffenlichkeit irre zu führen.

Von der Sanftkammer zu Berlin wird eine Broschüre verbreitet, in der Herr Geheimrat Kommerzienrat Deutsch, Vorsitzender der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft den Nachweis zu führen sucht, daß in der Verteilung des Produktionsertrages eine erhebliche Verschiebung zu Ungunsten des Kapitals im Laufe der letzten beiden Jahre eingetreten sei. Es ist gewiß das gute Recht eines jeden Interessenten, die Dinge so darzustellen, wie er sie sieht und seinen Standpunkt in der Deffenlichkeit zu vertreten. Man muß aber verlangen, daß er dabei nicht mit Stillschweigen über Dinge hinweggeht, die schon jedem Laien, vielmehr aber dem Leiter eines der größten industriellen Betriebe Deutschlands bekannt sein müßte. Da Herr Geheimrat Deutsch auf der einen Seite gewissenhaft alle sekundären Vorteile aufzählt, die den Arbeitern nicht nur aus dem Produktionsertrage der von ihm betriebenen 152 industriellen Unternehmungen, sondern auch aus der Staatsmitteln bewirkten Verdünnung des Brotgetreides und aus den zwangsweise niedergelassenen Wohnungsmieten zugute kommen, andererseits aber die Sache so darzustellen sucht, als ob die Aktienbesitzer außer der offiziellen Dividende keinen weiteren Anteil am Produktionsertrage hätten, so müssen die Schwächen und Lücken seiner Beweisführung aufgeleuchtet werden, um zu verhüten, daß das bereits von einem großen Teil der bürgerlichen Presse ohne jede Kritik weiterverbreitete Ziffernmateriale zur Irreführung der öffentlichen Meinung ausgenutzt wird.

Es ist zunächst außerordentlich bedauerlich, daß Geheimrat Deutsch die 152 Unternehmungen, die seine Untersuchung umfaßt, nicht namentlich aufführt. Er hat dadurch jede Nachprüfung seines Materials von vornherein unmöglich gemacht. Aber selbst, wenn wir annehmen, daß die von ihm angeführten Ziffern mit der nötigen Sorgfalt zusammengetragen wurden und völlig zutreffend sind, so bleibt die Untersuchung für die wirkliche Beurteilung des Anteils von Kapital und Arbeit am Produktionsertrage doch völlig wertlos. Herr Deutsch weiß recht wohl, daß der Kurs der meisten Industrieaktien geradezu katastrophal niedrig steht, daß in keinem angemessenen Verhältnis mehr steht zum offiziellen Aktienkurse. So werden z. B. die Aktien der A. E. G. zum Kurse von etwa 600 gehandelt, obwohl die vorjährige Dividende 14 Prozent betrug. Der Erwerb von A. E. G. Aktien würde demnach nur mit einer Verzinsung von etwa 3 Prozent für sein Anlagekapital rechnen können und selbst wenn die Dividende von 1920/21 etwa auf 20 Prozent erhöht würde, ergäbe sich immer nur eine Verzinsung von rund 3 Prozent. In einer Zeit, wo die Großbanken absolut sicheren Industrienunternehmungen hypothekarisch geführte Kredite nur zum Satze von 8 bis 12 Prozent eintreiben, würde

also der Kurs der Aktien der A. G. G. wie fast aller anderen industriellen Unternehmungen viel zu hoch sein. Der Einwand, daß es sich um spekulative Ueberreibungen an der Börse handele, ist nicht stichhaltig, denn selbst Aufsichtsräte und Direktoren von Aktien-Gesellschaften, d. h. also Leute, die den Wert der Aktien besonders gut beurteilen können, laufen noch zu diesen hohen Kursen. Es müssen also dem Aktienbesitzer ganz andere Chancen winken als der bloße Dividenden-ertrag. Herr Deutsch weiß gewiß ebenso gut wie jeder Banklehrling, was heutzutage die Inflationsdring einer Kapitalerhöhung (vor dem Kriege in den meisten Fällen für die Börse ein Baissesignal) bedeutet. In den letzten beiden Jahren wurden bei fast allen Kapitalerhöhungen die jungen Aktien zu Paris mit einem geringen Unterkursauschlag ausgegeben. Hieraus resultierte für den Aktienbesitzer ein hohes Bezugsrecht, das er jederszeit an der Börse zu Geld machen konnte, sofern er es nicht vorzog, die jungen Aktien selbst für ein Butterbrot zu erwerben. In vielen Fällen wurden sogar Gratisaktien ausgegeben. Die Zahl der Aktien-Gesellschaften, die noch mit einem Goldmarkkapital arbeiten, ist unbedeutend. Man kann deshalb getrost annehmen, daß von den 152 Gesellschaften, die Geheimrat Deutsch in Betracht zieht, mindestens 130 ihren Aktien-nären in den letzten beiden Jahren ein wertvolles Bezugsrecht gewährt haben. In zahlreichen Fällen sind aber bekanntlich mehrfache Kapitalerhöhungen unter günstigen Bedingungen vorgenommen worden. Sollten all diese Dinge Herrn Geheimrat Deutsch und seinen Hilfsarbeitern wirklich unbekannt sein?

Die Käufer von Aktien legen ferner auf den offiziellen Dividendenvertrag heute gar keinen so großen Wert mehr, weil sie wissen, daß ein großer Teil des Reingehaltes zu Abschreibungen, Ablösung von Hypotheken, Tilgung von Bankschulden, bausicheren Verbesserungen usw. verwendet wird und daß die ausgewiesenen Vorräte an Rohmaterialien, fertigen Erzeugnissen usw. aus naheliegenden Gründen in der Bilanz meist unterbewertet sind. All diese Dinge steigern den inneren Wert und dementsprechend auch den Kurs der Aktien. Der Aktienbesitzer kann nötigenfalls diesen Vorteil an der Börse realisieren. Auch darüber schweigt Herr Geheimrat Deutsch in seiner Broschüre.

Recht eigenartig berührt es ferner, daß die staatlichen Vergütungen für Brotgetreide und die niedrigen Mieten von Geheimrat Deutsch herangezogen werden, um zu zeigen, daß Arbeiter und Angestellte auf Kosten Anderer gewisse Vorteile haben. Es ist doch bekannt, daß auch die meisten industriellen Unternehmungen mit Hypotheken belastet sind. Viele von ihnen haben sich auch vor dem Kriege Goldkapital durch Ausgabe von Obligationen verschafft. Die Zinsen sind hier genau die gleichen geblieben, wie in der Vorkriegszeit mit dem einzigen Unterschiede, daß das Goldmarkkapital mit Papiermarkt verzinst und gegebenenfalls auch in Papiermarkt zurückgekauft wird. Nach der heutigen Bewertung der Markt bedeutet das, daß die Aktien-Gesellschaften die Kapitalien, mit denen sie ihre Goldwerte seinerzeit erworben haben, heute in einer 27 mal geringeren Währung verzinsen und zurückzahlen. Die Besitzer der Obligationen gehören größtenteils ganz anderen Kreisen an als die Aktionäre. Bekanntlich haben vor dem Kriege besonders Versicherungs-gesellschaften, Sparkassen und Hypothekensbanken ihre Mittel, die größtenteils aus Spar- und Notgroschen der kleinen Leute zusammenfloßen, in Obligationen und Hypotheken großindustrieller Unternehmungen angelegt. Auch diese Dinge werden von Herrn Geheimrat Deutsch ignoriert.

Schon die hier angebotenen Läden in der Beweissführung des Herrn Geheimrat Deutsch beweisen, daß seine Broschüre keine ernst zu nehmende Unterlage für die Beurteilung der Entlohnung der Arbeit im Verhältnis zur Verzinsung des Kapitals der Industrie-gesellschaften bilden kann. Unter diesen Umständen erscheint es recht bedauerlich, daß die Handelskammer zu Berlin

die Weiterverbreitung einer solchen tendenziösen Schrift übernommen hat. Wie in der Broschüre mitgeteilt wird, ist im April 1919 ein ähnlicher Bericht, der sich auf 65 Gesellschaften der verschiedenen Industriezweige erstreckte, in mehr als 150 000 Abdrucken von Zeitungsartikeln, Politikern und Zeitungen aller Parteien, Professoren der Nationalökonomie (!) und wirtschaftlichen Vereinigungen verlangt worden. Das läßt allerdings tief schlafen.

Die Rechtsberatungseinrichtungen des A. D. G. B. im Jahre 1920

Die Rechtsberatungseinrichtungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes weisen seit der Beendigung des Krieges, mit dem Erklären der freien Gewerkschaften, eine recht erfreuliche Entwicklung auf. Schon schon für das Jahr 1919 eine beachtenswerte Vermehrung ihrer Zahl und eine starke Zunahme des Umfanges ihrer Tätigkeit festgestellt werden, so kann durch die Statistik für das Jahr 1920, die in einer Beilage zur Nr. 39 vom Korrespondenzblatt des ADGB veröffentlicht wird, eine weitere und zwar recht erhebliche Vermehrung der Rechtsberatungseinrichtungen festgestellt werden. Es sind an der Statistik dieses Jahres 143 Arbeitersekretariate beteiligt, 13 mehr als im Vorjahre. Die Gesamtzahl ist von 135 im Jahre 1919 auf 150 im Jahre 1920 gestiegen; 7 Sekretariate landten jedoch keinen Berichtsbogen ein. Von den berichtenden Sekretariaten sind 8 Einrichtungen des Ortsarbeiterverbandes. Die Kosten von 2 Sekretariaten werden vom Vorstand des ADGB bestritten und die übrigen 133 werden von den örtlichen Vereinigungen der Zentralverbände, den Ortsauschüssen unterhalten.

Die nach 1918 eingetretene Vermehrung der Mitglieder an allen Orten hat die Ortsauschüsse finanziell leistungsfähiger gemacht und bewirkt, daß die während der Kriegszeit den Sekretariaten aus allgemeinen Gewerkschaftsmitteln gewährten Zuschüsse zum größten Teil wegfallen konnten. Auch die Zahl der Sekretariate, die Zuschüsse von Parteioptionen oder Arbeiterunternehmungen erhalten, ist gegen die Vorjahre stark zurückgegangen.

Dagegen vermehren sich die Fälle, in denen Arbeitersekretariate Zuschüsse aus Staats- und Gemeindegeldern erhalten. 1918 bekamen solche Zuschüsse 11, im Vorjahre 26 und 1920 36 Sekretariate.

Wie auf allen Finanzgebieten die Selbstbewertung den Nennwert der Summen gigantisch gesteigert hat, so haben sich auch die Einnahme- und Ausgabeposten der Sekretariate erheblich vergrößert.

Leider machten über die Massenverhältnisse nur 123 Sekretariate Angaben. In Wirklichkeit sind die Kosten, welche die freien Gewerkschaften für die Unterhaltung ihrer Rechtsberatungseinrichtungen aufbringen, erheblich höher, als sie durch die Statistik ausgewiesen werden. So verschuldet der Bergarbeiterverband mit den Ausgaben für seine Sekretariate fast völlig aus der Statistik, da nur Hameln Angaben darüber machte.

Die Sekretariate, die Angaben über ihre Massenverhältnisse machten, verzeichnen eine Gesamteinnahme von 4 120 512 Mk., der eine Ausgabe von 3 963 158 Mk. gegenübersteht. Von den Einnahmen kamen 3 181 765 Mk. aus den Kassen der Ortsauschüsse und 460 747 Mk. wurden aufgebracht durch direkte Beitragsleistungen für die Sekretariate. 113 514 Mk. fließen aus den Kassen der beteiligten Organisationen. Die letztere Summe ist unvollständig, da hier die Kassen der Bergarbeitersekretariate fehlen. Die den Sekretariaten gewährten Zuschüsse von Körperschaften betragen sich auf 292 616 Mk. Davon kamen aus Gemeindegeldern und Staatsmitteln 188 920 Mk. (1919: 72 600 Mk.). Die sonstigen Einnahmen betragen 71 920 Mk.

Die an der Berichterstattung beteiligten Sekretariate erteilten in 94 Fällen Auskunft an alle Auskunftsuchenden und in 49 Fällen nur an die Mitglieder der ange-schlossenen Organisationen und den Angehörigen dieser Mitglieder. 60 Sekretariate gebühren über die Auskunftserteilung hinaus weitere Rechtshilfe allen Auskunftsuchenden und 76 nur den Mitgliedern der angeschlossenen Organisationen und den Angehörigen dieser Mitglieder. 7 Sekretariate machten darüber keine Angaben oder befinden über die Gewährung von Rechtshilfe von Fall zu Fall. Die Sekretariate mit beschränkter Auskunftserteilung und Gewährung von Rechtshilfe gehen meist über den dafür in Frage kommenden Personenkreis hinaus, indem sie auch besonders hilf-sbedürftigen Personen, als Witwen, Waisen, Invaliden usw. oder auch nichtorganisationsfähigen Nichtorgani-sierten Rat erteilen und Rechtshilfe gewähren. Eine recht geringe Anzahl von Sekretariaten erheben Ge-bühren, und zwar 8 für Auskunftserteilung, 20 für Schriftsätze und 12 für Vertretung vor Gerichten. In der Regel handelt es sich bei dieser Einforderung von Gebühren nur um eine ausnahmsweise Behandlung Nichtorganisierten, die zur Leistung von Gebühren in-stande sind; Hilfsbedürftige sind hier von ausgeschlossen. Erheblich für Porto oder für sonstige Ausgaben fordern 112 Sekretariate von allen Auskunftsuchenden ein, die jedoch meistens besonders Hilfsbedürftigen erlassen werden.

Es wurden 1920 die Sekretariate von 674 192 Per-sonen (1919 674 192) in Anspruch genommen, von denen der Klasse der Arbeitnehmer 469 827 männliche und 172 995 weibliche, zusammen 642 822 Personen, ange-hören. Von den gesamten Auskunftsuchenden waren 76,1 v. H. gewerkschaftlich organisiert gegen 69 v. H. im Vorjahre.

Der Anteil der weiblichen Arbeitnehmer an der In-anspruchnahme der Sekretariate hat nach einer Höchst-steigerung während des Krieges bis auf 49,0 v. H. im Jahre 1916 eine fähige Abschwächung erfahren. Von 29,2 v. H. im Vorjahre ging er auf 26,9 v. H. im Ver-richtsjahre zurück. Jedoch steht dieser Satz noch weit über den des Jahres 1913, das von je 100 Arbeit-nehmern, welche die Sekretariate in Anspruch nahmen, 17 weibliche aufweist. Dieses Zahlenverhältnis zeigt, daß die Frau nach Beendigung des Krieges zwar wieder erheblich aus dem Erwerbsleben verdrängt wurde, je-doch darin immerhin noch stärker vertreten sein muß als in der Vorkriegszeit.

Im ganzen wurden von den berichtenden Sekre-tariaten im Jahre 1920 717 963 (1919 693 096) Auskünfte erteilt. Es entfallen im Durchschnitt auf jedes Sekre-tariat 5021 gegen 5775 im Vorjahre. Die stark gesunkene Durchschnittszahl ist kein Zeichen geringerer Tätig-keit der Sekretariate, sie ergibt sich vielmehr rechnerisch durch das Hinzukommen einer ganzen Anzahl meist kleinerer Sekretariate zu dem alten Bestande, die zum Teil ihre Tätigkeit erst im Laufe des Jahres 1920 aufnahmen. Von den Auskünften wurden 35 200 schriftlich erteilt. Es kommen von den gesamten Auskünften auf die Ar-beiterversicherung 115 963, den Arbeits- und Dienstver-trag 122 422, das Bürgerliche Recht 242 615, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 113 032, Militärversorgung 24 756, das Strafrecht 45 497, auf das Vereins- und Versammlungsrecht 2647, auf die Arbeiterbewegung 14 167, auf die Privatversicherung 4797, auf Handels- und Gewerbe-sachen 4840 und auf sonstige Sachen 39 772. Für 12 211 Auskünfte wurden keine Spezial-angaben gemacht.

Von den Auskünften in Arbeiterversicherungsfragen betrafen 56 679 die Unfallversicherung, 26 950 die Krankenversicherung, 3407 das Knappschaftswesen, 25 220 die Unfallversicherung und 3200 die Ange-stelltenversicherung. Von 507 Auskünften fehlen Spezial-angaben.

Schriftsätze wurden 186 775 angefertigt gegen 169 599 im Vorjahre. Die Zahl im Berichtsjahr über-steigt die des Jahres 1913 um 1336.

Der kommunistische „Korreferent“

Der Ortsauschuss in Z. wendet sich an den Vor-stand des ADGB, mit dem Ersuchen, ihm zu einer Ver-sammlung, die sich mit der Arbeitslosenfrage beschäf-tigen will, einen Redner zu stellen. Es fehlt den Ge-nossen im Bundesvorstande wahrlich nicht an Arbeit; für sie ist der Aktionsbandtag noch eine schöne Theorie, aber zuletzt findet sich fast immer dieser oder jener von ihnen bereit, dem betreffenden Ortsauschuss zu will-fahren, da es ja nicht überall sachkundige Redner am Orte gibt.

Dann ereignet sich regelmäßig folgendes: Kaum ist die Versammlung eröffnet, so melbet sich irgendetwer der Teilnehmer zur Geschäftsordnung zum Wort und beantragt, den Genossen Gombos -- meinst ist dieser Genosse auch aus Berlin -- das „Korreferat“ zu über-tragen. Vor einigen Tagen ereignete sich sogar folgen-der Fall: Kartellvorsitzender und Referent begaben sich aufs Podium, um die Versammlung zu beinaumen. Da steigt ohne weiteres ein fremder Herr mit aufs Podium und nimmt Platz. Gefragt, was er denn wolle, erklärt der Herr: „Ich bin der Korreferent.“ Der Kartell-vorsitzende sieht den Mann fragend an: „Nachwoll, ich bin von einem Genossen als Korreferent bestellt wor-den.“ Satz und bleibt ruhig sitzen, als handele es sich um die selbstverständlichsache der Welt.

Selbstverständlich ist der Herr „Korreferent“ stets ein Kommunist. Nachdem sich herausgestellt hat, daß man mit dem Verpöhlen von Mitarbeitern des Bundes-vorstandes und Androhung des „In den Kanal-Schneidens“ doch schließlich den Unwillen der denken-den Arbeiter-schaft gar zu sehr erregt, versucht man es nun auf die Art, daß man von der kommunistischen Zentrale in Berlin in jede Versammlung, in der ein Mitglied des Bundesvorstandes spricht, einen „Korreferent“ entsendet, um auf diese Art die „aechte“ Amster-damer Bewegung zu bekämpfen. In der Praxis läuft dann die Sache darauf hinaus, wenn man das, was die Herren Kommunisten wünschen, nicht durchsetzen kann, wenigstens solange zu reden und nötigenfalls Rabau zu machen, daß der Aved der Versammlung berechtigt wird. Der Erfolg ist dann, daß eine Anzahl von den vielleicht eben erst für die Gewerkschafts-bewegung gewonnenen Arbeitern enttäuscht nach Hause geht und der Gewerkschaft den Rücken kehrt, denn selbst-verständlich betrachten es die Herren „Korreferenten“ als ihre einzige Aufgabe, die „aechte“ Amsterdamer Ge-werkschaftsbewegung herunterzujahren, wobei sie das, was ihnen am Willen über die Gewerkschaftsbewegung abgeht, durch unfinnige Schimpfen ersetzen. Man könnte das bekante Sprichwort: Ein Narr fragt mehr, als zehn Weise beantworten können, in diesem Falle dahin variieren: Ein kommunistischer Korreferent schimpft und verkleumet mehr, als zehn aufrechten Leute widerlegen können. Und da die Herren, wie schon erwähnt, die Taktik anwenden, solange zu reden, daß ein anderer überhaupt nicht mehr herankommt, so erreichen sie damit, daß nach dem Urteil Innerfahrener und gewerkschaftlicher Kenner immer etwas am ADGB „hängen bleibt“. Das ist es, was die Herren von der kommunistischen Zentrale wollen, wozu sie sich in die Rollen der Entsendung von „Korreferenten“ stürzen. Ja, selbst in solchen Fällen, wo es sich leblich um die Errichtung von Ortsauschüssen, also um die gewerkschaftliche Zusammenfassung kleiner und kleinster Ortsgruppen von Gewerkschaften handelt -- in allen irgendetwas bedeutungsvollen Orten haben wir ja schon längst Ortsauschüsse -- selbst dahin entsendet man „Korreferenten“.

Es muß demgegenüber die Frage aufgeworfen werden, ob es sich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiter-schaft wirklich gefallen lassen will, daß sie von ihr --

renten“ entsendet, um auf diese Art die „aechte“ Amster-damer Bewegung zu bekämpfen. In der Praxis läuft dann die Sache darauf hinaus, wenn man das, was die Herren Kommunisten wünschen, nicht durchsetzen kann, wenigstens solange zu reden und nötigenfalls Rabau zu machen, daß der Aved der Versammlung berechtigt wird. Der Erfolg ist dann, daß eine Anzahl von den vielleicht eben erst für die Gewerkschafts-bewegung gewonnenen Arbeitern enttäuscht nach Hause geht und der Gewerkschaft den Rücken kehrt, denn selbst-verständlich betrachten es die Herren „Korreferenten“ als ihre einzige Aufgabe, die „aechte“ Amsterdamer Ge-werkschaftsbewegung herunterzujahren, wobei sie das, was ihnen am Willen über die Gewerkschaftsbewegung abgeht, durch unfinnige Schimpfen ersetzen. Man könnte das bekante Sprichwort: Ein Narr fragt mehr, als zehn Weise beantworten können, in diesem Falle dahin variieren: Ein kommunistischer Korreferent schimpft und verkleumet mehr, als zehn aufrechten Leute widerlegen können. Und da die Herren, wie schon erwähnt, die Taktik anwenden, solange zu reden, daß ein anderer überhaupt nicht mehr herankommt, so erreichen sie damit, daß nach dem Urteil Innerfahrener und gewerkschaftlicher Kenner immer etwas am ADGB „hängen bleibt“. Das ist es, was die Herren von der kommunistischen Zentrale wollen, wozu sie sich in die Rollen der Entsendung von „Korreferenten“ stürzen. Ja, selbst in solchen Fällen, wo es sich leblich um die Errichtung von Ortsauschüssen, also um die gewerkschaftliche Zusammenfassung kleiner und kleinster Ortsgruppen von Gewerkschaften handelt -- in allen irgendetwas bedeutungsvollen Orten haben wir ja schon längst Ortsauschüsse -- selbst dahin entsendet man „Korreferenten“.

Es muß demgegenüber die Frage aufgeworfen werden, ob es sich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiter-schaft wirklich gefallen lassen will, daß sie von ihr --

auf ihre Kosten! -- anberaumten gewerkschaftlichen Ver-sammlungen zum Zummelplatz kommunistischer Klopf-schreiber werden sollen, ob die Gewerkschaften dazu da sind, den Rednern der kommunistischen Partei volle Häuser zu schaffen, die sie selbst mit ihren eigenen geistigen Werbemitteln nicht zu schaffen vermögen. Wenn hier und da ein Ortsauschuss und die hinter ihm stehenden Gewerkschaften das Bedürfnis haben, einen kommunistischen Vortrag zu hören, so mögen sie das tun, das ist ihre Sache, obwohl sie nicht dazu da sind, für die kommunistische Partei zu arbeiten. Aber unsere gewerkschaftlichen Veranfassungen sollen wir uns durch die Herren Kommunisten nicht verteilen lassen; sie dürfen nicht dazu dienen, den Kommunisten Gelegenheit zu geben, sich als die berufenen Reformatoren des Ge-werkschaftslebens oder gar als die Anwälte der Arbeits-losen aufzuspielen, sie -- die durch ihre Politik es ver-schuldet haben, daß Hunderte und Tausende, die in Ar-beit fanden, arbeitslos geworden sind, die auf Befehle von Roskast und Turkelan Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitsgelegenheiten für Tausende von Arbeitern privot verschlagen haben!

Wenn man das in den Ortsauschüssen nicht zu er-kennen vermag, dann soll man es ernsthaften Gewerkschaftlern nicht verargen, wenn sie es schließlich ab-lehnen, in Versammlungen zu reden, in denen ihnen, ohne sie zu fragen, kommunistische „Korreferenten“ auf die Nase gesetzt werden sollen. Denn die Gewerkschafts-angelegenheiten stehen ja nicht im Dienste der Kommu-nistischen Partei, sondern der Gewerkschaften, und sie fühlen keinerlei Neigung und Beruf in sich, dieser bankrotteten Partei Vorspanndienste zu leisten.

Soffentlich denkt man in unseren Ortsauschüssen ebenso und handelt in Zukunft danach!

Während der ganzen Dauer des Krieges, bis zum Jahre 1918, war ein jändrig Rückgang der Zahl der Zehnjährigen zu verzeichnen, wovon nur das Jahr 1916 eine Ausnahme machte. Erst das Vorjahr weist wieder eine Vermehrung der Zehnjährigen auf, die zweifelslos eine Folge der nach Beendigung des Krieges erfolgten besseren Versorgung der Arbeiterkategorie in Verbindung zu bringen ist. Von den im Jahre 1920 angefertigten Zehnjährigen betrafen 38 981 die Arbeiterversicherung (einschließlich Angehörtenversicherung), 24 182 den Arbeits- und Dienstvertrag, 35 286 das Bürgerliche Recht, 30 425 Gemeinde- und Staatsangelegenheiten, 14 077 Militärversorgungssachen, 15 605 das Strafrecht und 13 873 sonstige Sachen. Von 14 346 Schriftstücken fehlen die Angaben über das Sachgebiet.

Ueber persönliche Vertretungen von Beamten und Gerichten machten 129 Sekretariate Angaben. Diese übten zusammen in 10 376 Fällen Vertretungen aus. Davon fanden statt vor Versicherungsgesellschaften 796, Oberversicherungsämtern 2509, Landesversicherungsämtern 322, Gewerbe- und Kaufmannsgerichten 2294, Amtsgerichten 986, Verwaltungsbehörden und -gerichten 608 und vor Vereinsorganisationsämtern 1756. Außerdem wirkten die Sekretäre in 944 Fällen bei Verhandlungen vor Schlichtungsausschüssen mit. Die Zahl der wahrgenommenen Termine betrug 9971.

Die Nachweisungen über den Erfolg, den die Sekretariate in den von ihnen vertretenen Rechtsfällen erzielen, sind leider sehr lückenhaft, da den Sekretären häufig über den Vorgang der von ihnen behandelten Streitigkeiten nichts bekannt wird. Ueber den Ausgang der Rechtsfälle machten 99 Sekretariate Angaben. Diese bezeichnen zusammen 58 500 Rechtsfälle, deren Ausgang ihnen bekannt wurde. Davon waren 44 981 erfolgreich und 13 519 erfolglos. Von den mit Erfolg vertretenen Fällen betrafen 5987 die Unfall-, 2758 die Zivilsachen- und 1140 die Angehörtenversicherung; 3421 die Krankenversicherung und das Knappschaftswesen und 10 396 den Arbeits- und Dienstvertrag.

Von 192 Ortsausstellungen wurde über die Tätigkeit von Rechtsausstellungen berichtet. 1919 umfaßte die Statistik 154 Stellen, es ist demnach eine erfreuliche Vermehrung festzustellen. Den Höchststand an berichteten Rechtsausstellungen weist das Jahr 1913 mit 232 auf. Diese Zahl wird in alternativer Zeit nicht nur wieder erreicht, sondern jedenfalls noch überschritten werden.

Als Rechtsausstellungen werden die Rechtsberatungsanstalten der örtlichen gewerkschaftlichen Vereinigungen bezeichnet, die von dazu beauftragten Personen im Nebenamt geleitet werden im Gegensatz zu den Arbeitersekretariaten, in denen vollbesetzte Anstellungen tätig sind. Doch wird auch bei den Rechtsausstellungen ein geordneter Geschäftsgang, Festlegung bestimmter Tageszeiten für die Ausnahmestellung je nach den örtlichen Verhältnissen, Registrierung der Vorgänge usw., vorausgesetzt.

Die Zahl der Ausstellungen betrug im ganzen 61 108 und die der Auskünfte 64 472. Im Durchschnitt entfielen auf jede Stelle 318 Ausstellungen und 336 Auskünfte. Es erzielten bis 120 Auskünfte 86, über 120 bis 600 Auskünfte 72, über 600 bis 1200 Auskünfte 22 und über 1200 Auskünfte 12 Rechtsausstellungen. Von 164 Ausstellungen wurden insgesamt 20 253 Schriftstücke angefertigt. Persönliche Vertretungen vor Beamten und Gerichten wurden von 83 Stellen in 1252 Fällen ausgeübt.

Nach einer zwischen dem Statistischen Reichsamt und dem Vorstand des DGB. getroffenen Vereinbarung werden nunmehr die Arbeitersekretariate und Rechtsausstellungen sich der Berichterstattung zur amtlichen Statistik über „Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volksschichten“ anschließen und mit der jüngsten Veröffentlichung wird die Herausgabe der eigenen Sekretariatsstatistik des DGB. aufhören. Diese Statistik wurde erstmalig für das Jahr 1901 aufgenommen. Die Statistik für das Jahr 1920 bildet somit den Schlüßstein einer zwanzigjährigen Berichterstattung über die Tätigkeit der Rechtsberatungsanstalten der freien Gewerkschaften. Mit Genugtuung können wir auf die große Summe segensreicher Arbeit, die von unseren Arbeitersekretariaten und Rechtsausstellungen während zweier Jahrzehnte für die Wohlfahrt des werktätigen Volkes geleistet haben, zurückblicken. Diese Leistungen rechtfertigen das Vertrauen zu ihnen, daß sie auch fernerhin bestrebt sein werden, in rastloser Tätigkeit unermüdet das Wohl der Arbeitnehmer auf sozialpolitischem Gebiete wahrzunehmen und an den Ausbau der sozialen Versicherungsgebung und der Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechtes nach besten Kräften mitzuwirken.

Die Reichsindexziffer

Von Dr. R. Kuczynski

Der vom Statistischen Reichsamt veröffentlichte Index der Kosten der Lebenshaltung wird jetzt häufig angegriffen, weil er die Teuerung geringer erscheinen lasse als sie tatsächlich sei. Und es mag ja auch befreundet klingen, wenn man hört, daß die Reichsindexziffer im August nur 1045 betrug, zumal wenn man glaubt, daraus schließen zu müssen, die Kosten des Existenzminimums seien für eine fünfköpfige Familie nur 10% mal so hoch wie vor dem Kriege. Tatsächlich wäre aber ein solcher Schluß voreilig. Denn die Indexziffer 1045 bedeutet lediglich, die vom Statistischen Reichsamt nach den heutigen Lebensverhältnissen aufgestellte Normalration an Nahrungsmitteln, Heizstoffen, Bekleidungs- und Wohnraum kostete, unter Zugrundelegung der häufigsten Preise, im August 1921 etwa 10% mal so viel wie vor dem Kriege. Die so errechnete Indexziffer muß nun die Teuerung geringer erscheinen lassen als sie tatsächlich ist, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die nach den heutigen Lebensverhältnissen aufgestellte Normalration an Nahrungsmitteln berücksichtigt selbstverständlich vorzugsweise solche Waren, die jetzt billig sind. Meis oder Linsen wird man darin vergeblich suchen; Zucker erscheint nur mit der amtlich zugewiesenen Menge. Keine Familie hat sich vor dem Kriege ebenso ernährt wie heute; hätte sie es getan, so hätte sie unverhältnismäßig teuer gelebt. Nach meinen Berechnungen kostete das wöchentliche Ernährungsminimum für einen erwachsenen Mann in Groß-Berlin im August 1921: 61,50 Mk. Die gleiche Ernährung würde im August 1913: 4,11 Mk. gekostet haben. Tatsächlich war es aber im August 1913 möglich, bei Wahl anderer Nahrungsmittel sich für etwa 3,50 Mk. ebenso auskömmlich und schmackhafter zu ernähren. Man hat nun gefordert, das Staatliche Reichsamt möge umgekehrt von einer Normalration ausgehen, wie sie den Lebensverhältnissen vor dem Kriege entsprach, und dann feststellen, was diese Nation heute kosten würde. Eine so errechnete Indexziffer wäre aber nicht minder irreführend als die jetzt veröffentlichte, denn sie würde die Teuerung größer erscheinen lassen als sie tatsächlich ist. Eine solche Normalration würde nämlich vorzugsweise die Waren berücksichtigen, die vor dem Kriege besonders billig waren, heute aber teilweise besonders hoch im Preise stehen. Als bester Ausweg erscheint mir immer noch der, den ich bei meinen Berechnungen des Existenzminimums eingeschlagen habe; ich stelle fest, was eine auskömmliche Ernährung jetzt mindestens kostet und vergleiche es mit dem, was eine ebenso auskömmliche, aber in ihrer Zusammensetzung von der heutigen möglicherweise ganz verschiedene Ernährung vor dem Kriege gekostet hat.

2. Nahrungsmittel werden in verschiedenen Qualitäten gehandelt. Vor dem Kriege wurde meist eine mittlere oder gute Ware am häufigsten gekauft, heute aber meist die billigste. Dadurch erscheint bei einem Vergleich der häufigsten Preise der Gegenwart und der Vorkriegszeit die Teuerung geringer als sie tatsächlich ist. Ich habe diesen Fehler bei meinen Berechnungen zu vermeiden gesucht, indem ich die Qualität berücksichtigt, also für die Vorkriegszeit nicht den häufigsten Preis im allgemeinen, sondern den häufigsten Preis für die entsprechende Qualität eingesetzt habe. Dies Verfahren wäre allerdings für eine Erhebung, die sich auf das ganze Reich erstreckt, schwer durchzuführen. Auch ist die Fehlerquelle, die damit befeitigt würde, nicht gar so schlimm.

3. Die Berechnungen des Statistischen Reichsamts erstrecken sich nur auf Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung. Nun sind aber gerade die Ausgaben für Bekleidung, Steuern u. a. besonders stark gestiegen. Infolgedessen erscheint nach der Reichsindexziffer die Teuerung geringer als sie tatsächlich ist. Nach meinen Berechnungen steigen die Kosten des Existenzminimums einer vierköpfigen Familie in Groß-Berlin vom letzten Vorkriegsjahre bis zum August 1921 für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung von 17,20 Mk. auf 191,— Mk., also auf das 11,1 fache, für alle sonstigen Bedürfnisse von 11,60 Mk. auf 148,— Mk., also auf das 12,8 fache.

Es würde einen großen Fortschritt bedeuten, wenn künftig bei Berechnung der Reichsindexziffer auch die Bekleidung und die anderen noch nicht einbezogenen lebensnotwendigen Ausgaben berücksichtigt und die Kosten der Lebenshaltung vor dem Kriege mit besser vergleichbaren Sägen eingestellt würden. Aber man vergesse bei aller Kritik nicht, daß das Statistische Reichsamt mit Berechnung dieser Indexziffern Keuland betreten und die bei uns so arg vernachlässigte Wirtschaftsstatistik auf einem besonders wichtigen Gebiete ganz wesentlich gefördert hat.

Aus unseren Zahlstellen

Augsburg. In der Mitgliederversammlung am 2. Oktober wurde der Abschluß des neuen Lohnabkommens im Buchdruckergewerbe als Erfolg gewürdigt. Der Verhandlungsausschuss wurde volle Anerkennung ausgesprochen. Auch in den meisten anderen Orten Südbayerns ist die Mitgliedschaft mit dem Abschluß einberstanden.

Dresden. In der am 26. September im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses abgehaltenen, auf besuchten Versammlung gab der Vorsitzende Kollege Reiman in dem Bericht über das Ergebnis der letzten zentralen Lohnverhandlungen. In der lebhaften Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß wir noch sehr weit davon entfernt sind, den Weltmarktpreisen auch Weltmarktlöhne gegenüberzustellen. Kollege Resolutions gelangte zur einstimmigen Annahme: „Die Versammlung ersucht den Zentralvorstand um eine baldige Neuregelung der Teuerungszulagenfrage. Diese entsprechen in seiner Weise mehr den heutigen Verhältnissen, es liegt kein Grund vor, sie prozentual zu bemessen, da die Teuerung doch für Gehilfen sowie für Hilfsarbeiter die gleiche ist. Die Dresdener Kollegen erwarten, daß bei der nächsten Gelegenheit seitens der Zentrale die nötigen Schritte dazu mit allem Nachdruck eingeleitet werden.“ Der 2. Punkt der Tagesordnung war ein Antrag seitens des Ortsvorstandes, den ausgesprochenen Kollegen in die noch ein weiteres finanzielles Opfer in Höhe eines Stundenlohnes, zahlbar in der 1. Wohnwoche im Oktober, zu bringen. Die Solidarität wurde bewiesen, indem der Antrag zur Annahme gelangte. Hoffen wir, daß es der Zentrale Kollegenentscheid gelangt, in ihrem schweren, durch Unabnehmerwilligkeit aufzusammene Kampfe den Sieg davonzutragen. Der Gesamtbeitrag wurde von 5 auf 20 Pf. erhöht. Für den 1. November abzuhaltenen Sonntag wurde noch eine Kommission gewählt, welche die dazu nötigen Vorarbeiten erledigt.

Chemnitz. Unsere letzte außerordentliche, von weit über 400 Mitgliedern besuchte Versammlung nahm zunächst einen Vortrag von unserem Vorsitzenden Kollegen Fiedler über: „Die Aufgaben der Gewerkschaften in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation“ entgegen. Der Referent erntete für seine reichlich einseitigen, sehr treffenden und lehrreichen Ausführungen lebhaften Beifall. Anschließend an diesen Vortrag fand eine lebhafte, jedoch recht sachliche Aussprache über die neuen Zulagen statt. Auch Vorstandsmitglieder vom Verband der Buchdrucker beteiligten sich wiederholt an dieser Aussprache. Ganz selbstverständlich kam von allen Rednern zum Ausdruck, daß diese Zulage nicht befriedigen könne. Aber es wurde auch betont, daß ohne eine einige starke Organisation weder die letzte Zulage noch die nun bestehenden Löhne erreicht wären. Eine Resolution, die die Unzufriedenheit gegenüber dieser Zulage zum Ausdruck bringt und vom Hauptvorstand erwartet, daß recht bald wieder Schritte unternommen werden, um die noch so niedrigen Löhne des Hilfspersonal aufzuheben, fand einstimmige Annahme. Von dieser Stimmung ausgehend, erklärte man sich vorläufig mit dieser Zulage einverstanden. Weiter beschäftigte sich eine von ca. 90—100 Funktionären besuchte Versammlung mit der Teuerungserhöhung. Nach Klarlegung der Notwendigkeit zu diesem Schritt, den der Verbandsvorstand hat unternommen müssen in Anbetracht der Situation, wurde die Teuerungserhöhung einstimmig für notwendig erklärt und gutgeheißen. Kollegen und Kolleginnen, nun setzt eure Kraft mit ein, daß dieser einstimmige Beschluß ohne Widerwillen und Verzögerung in die Tat umgesetzt wird. Me an die Arbeit zum Ausbau der Organisation!

Dresden. In einer am Sonntag, den 25. September abgehaltenen Versammlung des Dresdener Buchdruckerhilfspersonal referierte Koll. Herrmann über die abgeleiteten Verhandlungen vor dem Tarifausschuss und das neue Abkommen vor dem Reichswirtschaftsministerium. Er legte in sehr eingehender Weise die eventuellen Folgen einer Ablehnung dieses Abkommens dar und eruchte um Annahme desselben. Die Aussprache war eine sehr rege und artete bedauerlicherweise in förmliche Zwischenfälle aus. Am meisten richteten sich die Angriffe auf die Person des Referenten, dem der Vorwurf gemacht wurde, die Dresdener Beschlüsse, Abschaffung der prozentualen Abschläge bei Lohnenden, Aufhebung der Gehilfen, nicht genügend vertreten zu haben. Es wurde weiter zum Ausdruck gebracht, daß die Angehörigen in seiner Weise befristeten und durch einen Streik höhere Sätze erreicht würden. Koll. Barthel setzte die schwierigen Arbeiten der Tarifausschussmitglieder und ihre Bemühungen um die Bedingung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse ins rechte Licht. Er zeigte die Art der persönlichen Angriffe und legte an Beispielen, wie so mancher, der den Streit als Unheimlichkeit propagierte, durch denselben bald eines besseren belehrt wurde. Im übrigen empfahl er, sich bei der Abstimmung nur von Vernunftgründen leiten zu lassen. In längeren, sehr erregten Ausführungen ging Koll. Herrmann in seinem Schlußwort auf die ihm gegenüber gemachten persönlichen Anschuldigungen ein. Aus den Ausführungen einzelner Diskussionsredner müßte er folgern, daß diese die Tätigkeit der Angehörigen überhaupt nicht zu beurteilen wissen. Darum hielt er es für angebracht, obwohl es nicht seine Art wäre, dies besonders hervorzuheben, die übermässigen Anforderungen, die ideale Veranlagung und der Verzicht auf ein Familienleben der Angehörigen, vor Augen zu führen. Und diese Opfer würden nur gebracht zum Wohle der Mittalgläubigkeit. Er fordere deshalb eine bessere Beurteilung seiner Person und seines Schaffens. Durch Annahme folgender Willenserklärung fand die fast dreistündige Versammlung ihr Ende. Das am 25. September verammelte Buchdruckerhilfspersonal Dresdens bringt zum Ausdruck, daß das unzulässige Lohnabkommen durchaus nicht befriedigt, zumal die Ungerechtigkeit der prozentualen Abschläge nicht geändert wurde. In Anbetracht der Verhältnisse aber erklären sich die Unverschieden einwilligen damit einverstanden. Unter der Bedingung, daß bis dato bestehenden Verbesserungen bei einzelnen Firmen unberührt bleiben, und daß bei weiterem Steigen der Teuerungswelle der Hauptvorstand sofort Schritte zur Erlangung neuer Zulagen unternimmt. Außerdem befaßten sich die einzelnen Belegschaften vor, im Falle eines Vorgehens der Buchdruckerorgane am Orte sich dem anzuschließen.

Frankfurt a. M. Mitgliederversammlung vom 3. Oktober. Kollege Raß gab in längeren Ausführungen ein Bild von den Verhandlungen und dem Ergebnis vor dem Reichsarbeitsministerium. Das Scheitern der Verhandlungen habe zur Folge gehabt, daß die Vertreter der Gehilfen wie der Hilfsarbeiterchaft nach Berlin berufen wurden, um zu der Situation Stellung zu nehmen. Es kam nicht zum Kampfe, weil uns Angehörigen gemacht wurden, die einen Kampf nicht mehr gerechtfertigt hätten. Die erzielten Auflagen sind annehmbar und als Erfolg zu buchen. Kollege Raß bittet die Versammlung, dies zu beachten und den Abmachungen zustimmen zu wollen. War die Versammlung bis dahin gut verlaufen, so setzte nunmehr ein sehr sachliche, aber förmliche Diskussion ein. Alle Redner waren der Meinung, daß der Abschluß keinesfalls befriedigend. Die Differenz zwischen den Löhnen der Gehilfen und der Hilfsarbeiterchaft ist keinesfalls kleiner, sondern größer geworden. Während die Differenz des Lohnes eines Hilfsarbeiters und eines Gehilfen am 1. Januar d. S. 38,25 Mk. betrug, beträgt diese jetzt am 1. Oktober 53,25 Mk. Daß das nicht von einem Erfolge gesprochen werden könne, sei klar, das Gegenteil sei der Fall. Ein Antrag auf Ablehnung lief ein, gleichzeitig sollte der Vorstand beauftragt werden, eine örtliche Aktion einzuleiten. Kollege Raß gab in seinem Schlußwort bekannt, er könne für eine örtliche Aktion nicht eintreten, die Verantwortlichkeit für deren Folgen müsse er ablehnen. Sollte jedoch der Antrag Annahme finden, so bedauere er, seine Helfer als Vor-

in- und preiswert zu niedrigeren zu müssen. Au- der nun folgenden Abstimmung wurde dem Abkommen gegen eine sehr harte Minorität zugestimmt. In An- betracht der Unzufriedenheit des Erwerbsses ist es be- greiflich, daß dem Vorschlag des Vorstandes auf Ver- tragsverbesserung nicht stattgegeben wurde. Wir müßten uns mit einem geringeren Ertragsbeitrag begnügen, der aber kaum ausreichen dürfte, die an die Ertragssteigerung zu leistenden Anforderungen zu erfüllen.

Gottha. Eine außerordentliche Versammlung nahm nach einem Referat des Vorstehenden über die abgelaufenen Tarifverhandlungen folgende Entschlüsse einstimmig an: Die Zahlstelle Gottha lehnt das Ergebnis der Ver- handlungen in Berlin ab. Sie betrachtet die ab 1. Ok- tober eintretenden Lohnverbesserungen als durch die zu- nehmende Teuerung bereits überholt und verlangt die sofortige Wiederaufnahme von Verhandlungen mit den Unternehmern. Die Versammlung erkennt an, daß die Gehilfenvertreter im ersten Stadium der Verhandlungen ihren Mann gestellt haben, während sie sich später nicht energisch genug gegen den Vorschlagsvorstand des Reichsarbeitsministeriums gewandt haben.

Königsberg. Die am 15. September einberufenen außerordentlichen Generalversammlung war ausnahms- weise auf beschränkt. Stand auch als 1. Punkt „Stellungs- nahme zu der kommenden Lohnverhandlung im Tarif- ausschuss“ auf die Tagesordnung. Vorher machte der Vorsitzende noch Mitteilung über zwei recht traurige Fälle von Entlassungen zweier Kolleginnen mit und ohne Kündigung. Die mit Kündigung Entlassene führte Klage beim Schlichtungsausschuss und die Firma wurde zur Wiedereinstellung gezwungen. Im anderen Falle wurde durch Eingreifen der Organisation die plötzlich Entlassene wieder eingestellert, und die Firma mußte die ständige Kündigungsfrist einhalten. Ueber die letztere auch tarifrecht Firma wird ein ander Mal an dieser Stelle noch etwas gesagt werden müssen. In den Lohnverhandlungen wurde in scharfen Worten an den bisherigen Zulagen Kritik geübt und diesmal eine ausweichende, den geistlichen Lebens- mittelpreisen entsprechende Lohnzulage gefordert. Eine dementsprechende Resolution wurde angenommen und an den Hauptvorstand gesandt. Dann wurde die tages- ordnungsmäßige Wahl für den am 1. Oktober aus- scheidenden Kassierer vorgenommen. Der bisherige Schriftführer Koll. Knorr wurde für diesen Posten ge- wählt. Hierdurch machte ich die Wahl eines Schrift- führers notwendig, wozu Koll. Marsch von der Ver- sammlung gewählt wurde. Gleichzeitig wählte die Versammlung als ständigen Vertreter zum Ausschuss der Allgemeinen Ertragskassen den Koll. Gustav Wasserberg und als Ersatzmann Emil Wasserberg. Der Vorsitzende gab noch den durch Sammelheften für das hundertjährige russische Volk“ einiaangelegten Betrag, welcher 451,50 M. beträgt, bekannt. Er wies ferner auf die Notwendigkeit zum Besuch der vom Graphischen Kartell einberufenen Versammlungen hin. Nachdem sonst noch Anfragen beantwortet oder richtiggestellt wurden, konnte mit dem Hinweis auf die nächste kommende Zeit, die eine strenge Disziplin und ein festes Zu- sammenhalten der Mitglieder erfordert, die Versamm- lung geschlossen werden.

Stuttgart. Eine am 28. September im Gewerkschaftshaus sehr gut besuchte Versammlung nahm den Bericht des Koll. Werner über die im Buchdruckgewerbe stattgefundenen Verhandlungen und deren Ergebnis entgegen. Mit diesem Ergebnis ist es uns vor allem wieder gelungen, unsere jungen Kollegen und Kolle- ginnen, welche durch die seitherige Form der Wirt- schaftsbekämpfung immer zu kurz kamen, ein großes Stück vorwärts zu bringen und die seither bestandene Dis- krepanz zwischen den Alten und Jungen auszugleichen. Wenn auch das Gesamtergebnis uns im allgemeinen nicht ganz befriedigen kann, da der Ausgleich gegenüber der Teuerung noch immer nicht gegeben ist, so war es angesichts der kritischen Situation doch rascher, zuzu- stimmen. Haben wir diesmal den Erfolg auch ohne Kampf errungen, so ist mit Bestimmtheit zu sagen, daß die kommenden Verhandlungen sich noch schwieriger ge- stalten werden und der Kampf letzten Endes einmal un- ausbleiblich sein wird. Deshalb gilt es beizeiten zu rücken. Hauptvorstand und Beirat werden in den näch- sten Tagen eine Vertragsregulierung vornehmen — von der Kollegenschaft müssen wir erwarten, daß sie vollstes Verständnis dafür zeigt, es gilt dafür zu sorgen, da- mit uns die Zeit geriecht findet, denn nur dann können wir einem Kampf hoffnungslos entgegengehen. Reichen Beifall erntete Koll. Werner für seine Ausführungen. In der Diskussion, an welcher sich die Koll. Koferte, Weiber, Schneider und Bauer beteiligten, wurden von ersterem an Kernsätzen anderer Verufe angezogen, daß wir uns mit dem Ertragenen nun auch wieder mit an der Spitze der bestbezahlten Arbeiter befinden. Koll. Weiber und Schneider äußerten sich zustimmend zu den Ausführungen des Referenten. Koll. Bauer tummelte, wie vorauszuweisen war, sein altes Stiefchen. Nach seiner Meinung hätte alles anders gemacht werden müssen. Auch vor einem Kampfe hätten wir nicht zu- rückweichen brauchen — den hätten wir glatt gewinnen müssen. Auch sei es ihm nicht recht klar, warum wir unsere Forderungen auf Gleichstellung mit den Gehil- fen nicht aufrecht erhalten haben usw. Im Schlußwort hatte sich Koll. Werner in der Hauptsache mit den Baueners Ausführungen zu befassen und stellte vor allem fest, daß wir wohl den Antrag gestellt haben, bei den zukünftigen Teuerungszulagen sollen zwischen Ge- hilfen und Hilfspersonal keine Unterschiede mehr ge- macht werden, aber, und dies sollte doch dem Koll. Bauer auch klar geworden sein — handelte es sich zum Schluß nicht mehr um neue Zulagen, sondern um eine neue Grundlage der Entlohnung, welche wir nur an- nehmen oder ablehnen konnten. Ueberrichtig haben wir noch nirgend eine vollständige Gleichstellung mit den Gehilfen erwirkt. In gleicher Weise konnten

die übrigen Ausführungen Bauers widerlegt werden. In einer neuen 2. Sitzung angenommenen Ent- scheidung heißt es:

„Obwohl mit dem Ergebnis noch kein Ausgleich gegenüber der wirklichen Teuerung geschaffen ist, so ist die Verfassung doch damit einverstanden, daß unsere Vertreter das Meistmögliche annehmen haben. Da die Verfassung die Auffassung hat, daß die künftigen Verhandlungen sich noch schwieriger gestalten werden und früher oder später doch der Kampf unver- meidlich sein wird, so ist zur weiteren Stärkung des Verbandes die Schaffung eines Kampfi- fonds unbedingt notwendig. Die Wittelschichtzeitungs ist daher bereit, der vom Verbandsvorstand und Beirat ergehenden Aufforde- rung zur Leistung von Ertragsbeiträgen restlos Folge zu leisten.“

Rundschau

Der Ausstand in Hamburg ist noch nicht beendet. Auch eine Zusammenkunft beider Parteien in Berlin vor dem Tarifamt hat an der Sache nichts geändert. Verhandlungen waren nicht möglich, da die Prinzipale vorerst die Arbeitsaufnahme verlangten, was von Ge- hilfenseite abgelehnt wurde. Warum zu diesem Zweck acht Prinzipalvertreter nach Berlin gekommen waren, ist nicht recht erklärlich. Dem Verlangen, die Arbeit aufzunehmen, bevor verhandelt wird, konnten Gehilfen und Hilfsarbeiter nicht entsprechen und sie darum zu er- fassen, hätte man doch billiger in Hamburg Gelegenheit gehabt. Fast scheint es, als ob die Hamburger Prinzipalvertreter von ihrer ursprünglichen Absicht, die sie nach Berlin geführt hat, durch besonderen Einfluß ab- gekommen sind.

Ein weiteres Nachlassen der Arbeitslosigkeit hat das Reichsarbeitsministerium am Anfang September ermittelt. Im Monat August ist die Zahl der männlichen unterstützten Erwerbslosen um 28000 und die der Arbeiterinnen um 8000 zurück- gegangen. Es muß aber immer wieder darauf hinge- wiesen werden, daß von der amtlichen Statistik nur die Zahl der unterstützten Erwerbslosen erfasst ist. Die gewöhnlich nicht kleine Zahl der Kurzarbeiter und der nicht- unterstützten Arbeitslosen bleibt dabei unberücksichtigt. Die Ursachen für den an sich erfreulichen Rückgang der Arbeitslosigkeit haben wir in der Hauptfrage wohl dem schönen Wetter zu verdanken, das dem Wohnungsbau und der Landwirtschaft sowie den Hofhandarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge sehr günstig war. Daher ist auch bei Eintritt des schlechtesten Herbstwetters die Zunahme der Arbeitslosen zu befürchten. Die amt- lichen Stellen stehen daher der augenblicklichen Besserung mit größter Vorsicht gegenüber, da ebenfalls ange- nommen wird, daß der gegenwärtige Stand der Er- werbslosigkeit zu einem Teil mit dem Niedergang unserer Währung im Zusammenhange steht.

Der Arbeitsmarkt im August zeigte nach den statistischen Erhebungen, die das Reichsarbeitsblatt ver- öffentlicht, eine anhaltende Besserung gegen den Vor- monat. Obwohl in der Landwirtschaft und in andern von der Saison abhängenden Gewerben die Nachfrage nach Arbeitskräften sich verminderte, war in der Textil- industrie und auch in der Metall- und Maschinen- industrie eine Besserung des Beschäftigungsgrades er- sichtlich.

Nach den Berichten der Krankenkassen hat die Zahl der Beschäftigten gegen Juli um 0,7 v. H. zugenommen. Im Vormonat betrug die Zunahme 0,4 v. H. Auch die Berichte der Arbeiterorganisationen weisen einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit nach. Ohne Beschäftigung waren am Stichtage, dem 27. August, 2,2 v. H. ihrer Mitglieder. Im Juli wurden 2,6 v. H. errechnet. Auch die Statistik über die Kurzarbeit läßt eine Besserung erkennen. In den graphischen Verbänden zeigte die Arbeitslosigkeit im August folgendes Bild:

Bergleiber	Auf 100 Mitglieder kamen Arbeitslose						
	Juli			August			
	m.	w.	Suf.	m.	w.	Suf.	
Buchbinder	80040	4,7	2,6	3,2	3,8	2,0	2,6
Buchdrucker	74330	1,5	—	1,5	1,4	—	1,4
Hilfsarbeiter	42237	1,5	0,6	0,9	1,6	0,7	1,1
Steindrucker	18830	1,7	5,6	1,8	1,4	5,1	1,5
Graph. Zentralverband	6125	0,5	1,0	0,8	0,4	1,4	1,0
Gutenberg-Bund	3003	1,1	—	1,1	—	—	1,1

Das Existenzminimum im September ist in Berlin erneut gestiegen. Nach der statistischen Aufnahme von Kuczynski kosteten die im September ausgegebenen rationalisierten Mengen für eine Person 66,80 M., die man vor acht Jahren für 3,59 M. haben konnte.

Als wichtigstes Existenzminimum eracht ich für Groß-Berlin:

	Mann	Che- paar	Che- paar mit zwei Kindern
	mt.	mt.	mt.
Ernährung	65	113	162
Wohnung	10	10	10
Heizung, Beleuchtung	26	26	26
Bekleidung	30	50	70
Sonstiges	40	61	81
September 1921	171	268	349
August 1921	165	251	339
Juli 1921	156	237	324
Juni 1921	152	231	311
Mai 1921	140	209	285
September 1920	145	216	299
August 1919/Juli 1914	16,75	22,50	28,50

Auf den Arbeitstag umgerechnet betrug der notwen- dige Mindestverdienst im September 1921 für einen alleinstehenden Mann 23 M., für ein kinderloses Ehe- paar 43 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6--10 Jahren 68 M. Auf das Jahr umgerechnet belief sich das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann auf 8900 M., für das kinderlose Ehepaar 13500 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 18200 M.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum September 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß- Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 M. auf 17,1 M., d. h. auf das 102fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,50 M. auf 260 M., d. h. auf das 11,6fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 23,80 M. auf 349 M., d. h. auf das 12,1fache. In dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Welt jetzt annähernd 9 Pf. wert.

Die Warenversorgungsstelle Deutscher Gewerk- schaften hat seit Anfang dieses Jahres in zahlreichen Orten Warenverteilungsstellen eingerichtet, in denen die gewerkschaftlich organisierten Personen Kleidung, Wäsche, Schuhwaren usw. zu billigen Preisen beziehen können. Die Arbeiterchaft wird zu ihrem eigenen Vor- teil auf diese Einrichtung hingewiesen, da sich überall die beachtliche Tatsache zeigt, daß sie noch vielfach nicht genügend bekannt ist. Da der Verkauf nur an Organi- sierte stattfindet, ist Verbandsausweis mitzubringen.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Bekanntmachung.
Nachdem die Mitglieder des Tarifausschusses die Vereinbarung, die durch beauftragte Vertreter des Tarifausschusses am Sonnabend, den 24. September, im Reichsarbeitsministerium zu Berlin abgeschlossen worden ist, durch mündliche und schriftliche Abstimmung aner- kannt haben, ist diese Vereinbarung zum tariflichen Ge- setz erhoben worden.
Berlin, 6. Oktober 1921.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.
Hans Seemann, Robert Braun,
Prinzipalvorsitzender. Gehilfenvorsitzender.
Paul Schließ,
Geschäftsführer.

Anzeigen

Unserer lieben Kollegin Johanna Grischhaber nebst Gemahl die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Zahlfelle Bautzen.

Unserer werten Kollegin Mary Seibel sowie ihrem Bräutigam zur vollzogenen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlfelle Raumberg a. S.

Zur Vermählung unserer Kollegin Toni Walkbrecher mit Herrn Adolf Holthaus die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlfelle Hagen i. W.

Unserer lieben Kollegin Margarete Bräuning und Herrn Arur Hübler zur Verlobung die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlfelle Straßund.



Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Kollegin

Gertrud Wiegner
(Kunststift „Globus“)
nach kurzer Krankheit im jugendlichen Alter verstorben ist.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr die Mitgliedschaft Dresden.

Am 9. September verstarb nach langer schwerer Krankheit unsere liebe Kollegin
Eleonore Müller
(i. Fa. Scheller u. Schill)
im Alter von 55 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt der Ver- storbenen die Zahlfelle Düren.

Am 16. September verstarb nach langer Krankheit unser lieber Kollege
Erich Moser.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die Zahlfelle Bautzen.

Am 20. September 1921 starb nach langer, schwerer Krankheit unsere treue Kollegin
Elise Fromm
(i. Fa. Emil Homann)
im Alter von 22 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Die Zahlfelle Hannover.